

Presseerklärung

zum Umgang mit dem OVG-Urteil zur Arbeitszeit der Gymnasiallehrkräfte

Die NDV sieht die bisherigen Reaktionen der Kultusministerin zum Umgang mit dem OVG-Urteil kritisch. Die Lüneburger Richter haben wesentliche Elemente der Kultuspolitik gegenüber den Gymnasien unmissverständlich als rechts- und verfassungswidrig gekennzeichnet. Ministerpräsident und Kultusministerin sollten deswegen umgehend das Urteil akzeptieren, damit der Weg frei wird für die notwendigen Umsteuerungsprozesse. Das wäre nicht nur ein Gebot politischer Hygiene, sondern auch ein erster Schritt, das weitgehend verlorene Vertrauen bei Gymnasiallehrkräften und -schulleitungen wiederzugewinnen.

Die jetzt ausgesprochene Einladung zu einem Dialog mit den betroffenen Lehrer- und Schulleitungsverbänden, ist ein erstes Signal in diese Richtung, das die NDV ausdrücklich begrüßt. Eine engere Zusammenarbeit, zu der sich die NDV immer angeboten hat, ist längst überfällig. Nur wenn das Ministerium intensiv mit den Akteuren der täglichen Schul- und Unterrichtspraxis zusammenarbeitet, können sachgerechte und mittelfristig tragfähige Lösungen erreicht werden.

Allerdings ist nicht überstürzter Aktivismus das Gebot der Stunde, sondern möglichst besonnenes Handeln, um der bei Umsetzung des OVG-Urteils drohenden Unterversorgung der Gymnasien mit möglichst differenzierten, flexiblen Maßnahmen zu begegnen. Ganz wichtig ist es dabei, den regional und standortbezogen sehr unterschiedlichen Bedürfnislagen der einzelnen Schulen gerecht zu werden. Die NDV fordert daher vom Ministerium, zwar möglichst umgehend die benötigten Personalressourcen zuzuweisen, dann aber sollte den einzelnen Schulen weitgehend freie Hand gelassen werden, die Stellenzuweisungen je nach Bedarf und Bewerberlage sofort oder später umzusetzen. Dies muss auch über das Haushaltsjahr 2015 hinaus bis längstens zum 1. 8. 2016 gelten. Eine derartige Stärkung dezentraler Befugnisse wird zu besseren Lösungen führen als ein strikt zentrales und zeitlich limitiertes Verteilungskonzept. Nur so kann es trotz des Zeitdrucks im Vorfeld des neuen Schuljahres vielleicht noch gelingen, die Auswirkungen der gescheiterten staatlichen Ressourcenplanung einigermaßen abzumildern.

Göttingen, 13. 6. 2015

Dr. Wolfgang Schimpf
Vorsitzender NDV